# KI-Planung Herausforderungen des Rechtsstaats

* Mögliche Bereiche:
* Gewählter Bereich: **Asylpolitik und Europarecht**

Thema: **Grenzkontrollen und Zurückweisungen – Schutz des Rechtsstaats oder Aushöhlung des EU-Rechts?**

Hauptintention: Die SuS erwerben die Fähigkeit differenziert (Spannungsfeld Legitimität/ Durchsetzbarkeit) und reflektiert (eigenes Staatsverständnis) Stellung zu Grenzschließungen in der BRD nehmen.

**Stundeneinstieg:**

»Es wird ein faktisches Einreiseverbot geben, das gilt ausdrücklich auch für Personen mit Schutzanspruch.« (Friedrich Merz)

* Leitfrage: *Grenzkontrollen und Zurückweisungen – legitim und durchsetzbar?*

**Erarbeitungsphase:**

Die verwendeten Materialien sollten zur zielführenden Erarbeitung:

* Beide leitenden Kategorien beinhalten (Legitimität und Durchsetzbarkeit)
* Insofern reduziert sein, dass sie von allen SuS (ggf. in Arbeitsteilung) in max. 15 min erarbeitet und teilgesichert werden können.
* Einen Bezug zur aktuellen politischen Situatiion haben.

**Aufgabe:**

1. **Analysiert** in PA die Materialien hinsichtlich ihrer Argumente bezogen auf Legitimität und Durchsetzbarkeit. Eine Person beschäftigt sich mit M1, die andere mit M2.
2. **Wertet** eure Erkenntnisse gemeinsam **aus** und ergänzt die Argumente aus dem Text eures Partners/ eurer Partnerin.
3. **Beurteilt** das Zitat vom Beginn der Stunde mit Hilfe der Tabelle und **positioniert** euch selbst zu der Debatte.

**Kriterientabelle:**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  | **PRO** | **CONTRA** |
| **LEGITIMITÄT** |  |  |
| **DURCHSETZBARKEIT** |  |  |

### **Erwartete Tabelle:**

|  | **Pro (Für strengere Grenzkontrollen)** | **Contra (Gegen strengere Grenzkontrollen)** |
| --- | --- | --- |
| **Legitimität** | - Deutschland kann nicht unbegrenzt Menschen aufnehmen, insbesondere wenn sie aus sicheren Drittstaaten einreisen. - Wer bereits durch sichere Länder gereist ist, sollte dort Asyl beantragen, um das deutsche System nicht zu überlasten. - Eine zu offene Grenze kann ein Sicherheitsrisiko darstellen, da Personen ohne klare Identität ungehindert einreisen könnten. | - Das Grundgesetz garantiert das Recht auf Asyl, und eine pauschale Zurückweisung würde dieses Grundrecht untergraben. - Menschenrechtsorganisationen warnen, dass Schutzsuchende ohne Prüfung ihrer Lage abgewiesen würden. - Eine zu harte Abschottung widerspricht den humanitären Werten Deutschlands. |
| **Durchsetzbarkeit** | - Die Bundespolizei führt bereits stichprobenartige Kontrollen durch, was zeigt, dass eine Ausweitung technisch machbar wäre. - Das Aufenthaltsgesetz sieht vor, dass Personen aus sicheren Drittstaaten grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl haben, sodass Zurückweisungen rechtlich möglich sind. - Bayern setzt bereits verstärkte Grenzkontrollen um, was zeigt, dass solche Maßnahmen durchsetzbar sind. | - Eine konsequente Zurückweisung würde Abkommen mit Nachbarstaaten erfordern, doch viele Länder haben signalisiert, dass sie solche Regelungen nicht akzeptieren. - Die Bundespolizei hat begrenzte Kapazitäten, eine flächendeckende Kontrolle wäre schwer umsetzbar. - Gerichte könnten solche Maßnahmen stoppen, da sie möglicherweise nicht mit der bestehenden Rechtslage vereinbar sind. |

### **M1****Strengere Grenzkontrollen sind notwendig und rechtlich durchsetzbar**

Die Debatte um die deutsche Asylpolitik ist so aktuell wie selten zuvor. Viele Politiker fordern eine härtere Gangart bei der Kontrolle der Grenzen, um die Migration besser zu steuern und das Asylsystem zu entlasten. Besonders die CDU und CSU sprechen sich für eine konsequentere Zurückweisung von Asylsuchenden direkt an der Grenze aus. Ihr Hauptargument: Deutschland kann nicht unbegrenzt Menschen aufnehmen, insbesondere wenn diese aus sicheren Drittstaaten einreisen.

Rechtlich betrachtet gibt es in Deutschland durchaus Spielraum für schärfere Grenzkontrollen. Die Bundespolizei hat bereits die Befugnis, an den Grenzen Identitätskontrollen durchzuführen und Menschen zurückzuweisen, wenn sie keine gültigen Einreisepapiere besitzen. Zudem sieht das Aufenthaltsgesetz vor, dass Personen, die über sichere Drittstaaten einreisen, grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl haben. Es gibt bereits Fälle, in denen deutsche Behörden Migranten an der Grenze zurückgewiesen haben, insbesondere wenn sie keine Aussicht auf Schutzstatus hatten. Dies zeigt, dass solche Maßnahmen nicht nur möglich, sondern auch umsetzbar sind.

Neben der rechtlichen Grundlage geht es auch um die Frage der Legitimität. Befürworter argumentieren, dass es nicht fair sei, wenn Menschen, die bereits durch sichere Länder gereist sind, ausgerechnet in Deutschland Asyl beantragen. Sie sehen darin eine Überlastung des deutschen Systems, das bereits mit hohen Kosten und langen Verfahren kämpft. Außerdem gebe es ein Sicherheitsrisiko: Wenn die Grenzen zu offen sind, könnten auch Personen ohne klare Identität oder mit kriminellen Absichten ungehindert einreisen. Um dies zu verhindern, seien konsequentere Maßnahmen notwendig.

Die Forderung nach einer schärferen Grenzpolitik wird aktuell besonders intensiv diskutiert. Politiker wie Friedrich Merz sprechen sich für eine härtere Gangart aus, während Bundesländer mit hoher Zuwanderung wie Bayern bereits auf verstärkte Kontrollen setzen. In dieser Debatte geht es nicht nur um Asylrecht, sondern auch um die Frage, wie Deutschland seine eigenen Interessen und die öffentliche Sicherheit in der Migrationspolitik durchsetzen kann.

### .

**M2**
**Strengere Grenzkontrollen sind nicht rechtlich haltbar und problematisch**

Die Forderung nach strengeren Grenzkontrollen und Zurückweisungen von Asylsuchenden mag für viele eine einfache Lösung sein, doch sie wirft erhebliche rechtliche und moralische Fragen auf. Das deutsche Asylrecht garantiert Menschen Schutz, wenn sie verfolgt werden oder vor Krieg und Gewalt fliehen. Eine pauschale Abweisung von Schutzsuchenden an der Grenze würde dieses Grundrecht untergraben.

Rechtlich betrachtet gibt es in Deutschland klare Vorgaben, die es schwierig machen, Asylsuchende einfach zurückzuweisen. Nach dem Grundgesetz hat jeder Mensch, der in Deutschland ankommt und Asyl beantragt, das Recht auf eine individuelle Prüfung seines Falls. Ein pauschales Zurückweisen wäre daher nicht mit der aktuellen Rechtslage vereinbar. Außerdem hat die deutsche Rechtsprechung mehrfach betont, dass die Bundespolizei bei Grenzkontrollen die Verhältnismäßigkeit wahren muss. Das bedeutet, dass nicht einfach jede Person ohne Aufenthaltstitel zurückgeschickt werden kann, ohne ihren Fall zu prüfen.

Neben der rechtlichen Frage steht auch die Legitimität solcher Maßnahmen infrage. Kritiker warnen, dass strenge Grenzkontrollen zu einer humanitären Krise führen könnten, insbesondere wenn Menschen, die Schutz suchen, keine Möglichkeit mehr haben, überhaupt einen Antrag zu stellen. Zudem gibt es praktische Probleme: Die Grenzbehörden haben begrenzte Kapazitäten, um flächendeckend Kontrollen durchzuführen. Eine konsequente Zurückweisung von Migranten würde zudem bedeuten, dass Deutschland Abkommen mit seinen Nachbarstaaten bräuchte, um diese Menschen dorthin zurückzuschicken – doch viele dieser Staaten haben bereits signalisiert, dass sie eine solche Regelung nicht akzeptieren würden.

Auch in der aktuellen politischen Debatte wird deutlich, dass strenge Grenzkontrollen nicht ohne Weiteres umsetzbar sind. Bundeskanzler Olaf Scholz lehnt eine pauschale Zurückweisung von Asylsuchenden ab, weil sie rechtlich und praktisch nicht machbar sei. Menschenrechtsorganisationen und viele Experten warnen davor, dass solche Maßnahmen vor allem symbolische Politik seien, die keine echten Lösungen bringe. Letztlich bleibt die Frage, ob Deutschland bereit ist, an seinen grundlegenden Werten wie dem Schutz von Verfolgten zu rütteln – oder ob es bessere Wege gibt, die Asylpolitik effektiver zu gestalten.

### Erwartungen an mögliches SuS Urteil

Das durch die SuS schriftlich und/ oder mündlich verfasste Urteil sollte folgendes beinhalten:

* Kriteriengeleitetes Sachurteil auf Basis der leitenden Kategorien Legitimität und Durchsetzbarkeit.
* Werturteil durch Gewichtung der Kriterien in Bezug auf das eigene Staatsverständnis (Solidarität vs. Abschottung)
* Bezug zum Eingangszitat

**Urteilsmöglichkeit 1 (Werturteil mit Fokus auf Solidarität):**

Die Debatte um strengere Grenzkontrollen zeigt, dass sowohl Befürworter als auch Gegner nachvollziehbare Argumente haben. Auf der einen Seite gibt es rechtliche Möglichkeiten zur Ausweitung der Kontrollen, und es wird argumentiert, dass eine unkontrollierte Migration das Asylsystem überlasten könnte. Auch Sicherheitsaspekte spielen eine Rolle. Allerdings gibt es erhebliche praktische Herausforderungen: Die Bundespolizei hat begrenzte Ressourcen, eine konsequente Zurückweisung würde Abkommen mit Nachbarstaaten erfordern, und Gerichte könnten solche Maßnahmen wieder kippen, wenn sie gegen geltendes Recht verstoßen. Zudem wäre eine pauschale Abweisung von Schutzsuchenden problematisch, da das Grundgesetz das individuelle Recht auf Asyl garantiert.

Ein Beispiel für die aktuelle politische Debatte ist die Aussage von Friedrich Merz: „Es wird ein faktisches Einreiseverbot geben, das gilt ausdrücklich auch für Personen mit Schutzanspruch.“ Diese Aussage ist kritisch zu betrachten, da sie suggeriert, dass Menschen, die eigentlich ein Anrecht auf Asyl haben, pauschal zurückgewiesen werden könnten. Dies widerspricht dem deutschen Grundgesetz sowie der Idee, dass jeder Mensch das Recht auf eine individuelle Prüfung seines Asylanspruchs hat. Ein solches Verbot wäre rechtlich kaum haltbar und würde grundlegende Prinzipien der Menschenrechte infrage stellen.

Aus meiner Sicht sollte Solidarität mit Schutzsuchenden Vorrang vor einer Politik der Abschottung haben. Das Asylrecht ist ein grundlegendes Menschenrecht, das nicht aus politischen oder pragmatischen Gründen eingeschränkt werden sollte. Natürlich müssen Herausforderungen wie die Integration und die Belastung des Sozialsystems ernst genommen werden, aber eine härtere Grenzpolitik ist keine nachhaltige Lösung. Stattdessen sollten schnellere Asylverfahren, eine gerechtere Verteilung der Geflüchteten und bessere Integrationsmaßnahmen in den Fokus rücken. Deutschland sollte zeigen, dass Sicherheit und Humanität miteinander vereinbar sind und dass eine solidarische Migrationspolitik langfristig mehr Stabilität schafft als eine strikte Abschottung.

**Urteilsmöglichkeit 2 (Werturteil mit Fokus auf Abschottung):**

Die Debatte um strengere Grenzkontrollen zeigt, dass Deutschland vor großen Herausforderungen in der Migrationspolitik steht. Befürworter argumentieren, dass eine unkontrollierte Migration das Asylsystem überlastet und die innere Sicherheit gefährdet. Rechtlich gibt es bereits Möglichkeiten zur Zurückweisung von Migranten aus sicheren Drittstaaten, und Bundesländer wie Bayern haben gezeigt, dass verstärkte Grenzkontrollen umsetzbar sind. Kritiker verweisen zwar auf rechtliche und humanitäre Bedenken, doch diese dürfen nicht über dem Schutz der eigenen Bevölkerung stehen. Zudem wäre eine gerechtere Verteilung von Migranten innerhalb Deutschlands oder Europas zwar wünschenswert, aber schwer durchsetzbar, da viele Länder bereits signalisiert haben, dass sie keine zusätzlichen Geflüchteten aufnehmen wollen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Aussage von Friedrich Merz relevant: „Es wird ein faktisches Einreiseverbot geben, das gilt ausdrücklich auch für Personen mit Schutzanspruch.“ Diese Aussage spiegelt den politischen Handlungsdruck wider, unter dem Deutschland in der Migrationspolitik steht. Sie zeigt, dass es notwendig ist, klare Grenzen zu setzen, um die Kontrolle über die Migration zurückzugewinnen. Kritiker sehen darin einen Verstoß gegen das Grundgesetz, doch die Realität zeigt, dass die aktuellen Gesetze nicht ausreichend durchgesetzt werden. Ein härteres Vorgehen könnte dazu beitragen, den politischen und gesellschaftlichen Druck zu verringern und den Staat wieder handlungsfähig zu machen.

Aus meiner Sicht muss der Staat in erster Linie seine eigenen Interessen und die seiner Bürger schützen. Das Asylrecht ist wichtig, doch es darf nicht als Freifahrtschein für eine unkontrollierte Migration missverstanden werden. Wenn Menschen bereits durch sichere Länder gereist sind, sollten sie dort Asyl beantragen, anstatt Deutschland als bevorzugtes Ziel auszuwählen. Striktere Grenzkontrollen sind ein notwendiges Mittel, um die Zuwanderung zu begrenzen und die Sicherheit sowie Stabilität des Landes zu gewährleisten. Statt immer neue Integrationsmaßnahmen zu schaffen, die das System weiter belasten, sollte der Fokus darauf liegen, illegale Migration konsequenter zu verhindern und das Recht auf Asyl auf wirklich Schutzbedürftige zu beschränken. Ein funktionierender Staat muss seine Grenzen kontrollieren – sonst verliert er langfristig seine Handlungsfähigkeit.